

17.07.2010 / Inland / Seite 1

## Arme Kinder werden ausgegrenzt

### Bericht über Kürzungspläne beim Elterngeld löst Entrüstung aus

Ein Bericht über Kürzungspläne beim Elterngeld für Geringverdiener hat bei Regierungs- und Oppositionsparteien sowie Sozialverbänden Entrüstung ausgelöst. »Unsinnig« nannte CSU-Familienpolitikerin Dorothee Bär am Freitag Überlegungen, sogenannten Minijobbern und Hartz-IV-Aufstockern das Elterngeld zu kürzen. CSU und FDP erklärten, sie würden den Schritt nicht mittragen. »Diese Maßnahmen wären eine Strafe für diejenigen, die als Geringverdiener den Kontakt zum Arbeitsmarkt halten«, erklärte Bär. FDP-Vizefraktionschefin Miriam Gruß nannte den Vorschlag aus den gleichen Gründen »völlig irrsinnig und forderte, statt dessen das Elterngeld für Besserverdienende von 1800 auf 1500 Euro zu kürzen. Die Süddeutsche Zeitung berief sich am Freitag auf einen Referentenentwurf aus dem Familienministerium. Der sieht demnach vor, das diejenigen, die wegen ihres geringen Verdienstes zusätzlich vom Staat Hartz-IV-Leistungen erhalten, weniger oder gar kein Elterngeld mehr bekommen. Bei Geringverdienern will Ressortchefin Kristina Schröder der SZ zufolge mit 440 Millionen Euro fast dreimal so viel einsparen sparen wie bei Eltern, die mehr als 1240 Euro im Monat verdienen. Einig sind sich die Koalitionspartner allerdings bei dem Vorhaben, jungen Müttern und Vätern die komplett auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, gar kein Elterngeld mehr zu zahlen.

Die Grünen-Parteivorsitzende Claudia Roth warnte, die Regierung etabliere »Eltern erster und zweiter Klasse«. Als »zutiefst unsozial« und »schlicht zynisch« bezeichnete die familienpolitische Sprecherin der SPD, Caren Marks, das Vorhaben. Die Vorsitzende der Linkspartei, Gesine Löttsch, kritisierte, Schröder verschlimmere die Kinderarmut. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kündigte an, im Herbst gegen die Elterngeldpläne zu demonstrieren.

Eine Sprecherin des Familienministeriums wollte den Zeitungsbericht am Freitag nicht kommentieren. Sie bestätigte lediglich die Existenz eines Referentenentwurfs.

(AFP/jW)